

Die politischen Vorgänge in Ungarn.

(Telegramm des „Fremden-Blatt“.)

Budapest, 16. Jänner.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist heute nachmittags nach längerer Pause abermals zu einer Sitzung zusammengetreten. Obzwar auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung ausschließlich die Feststellung der nächsten Tagesordnung stand, sind dennoch einige bringende Interpellationen eingebracht worden. Man hatte auch eine eingehende Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle erwartet; die Erklärungen des Premiers waren aber allgemeiner Natur. Die Sitzung nahm einen ganz glatten Verlauf.

Im allgemeinen hat es den Anschein gewonnen, daß die ungarische Regierungskrise in den letzten Tagen bedeutend nachgelassen hat. Als ein Zeichen dieses Nachlassens kann auch der Umstand gelten, daß Dr. Wekerle seine Wiener Reise verschoben hat. Ursprünglich hätte die Audienz des Ministerpräsidenten beim Monarchen im Laufe des morgigen Nachmittags stattfinden sollen und Ministerpräsident Dr. Wekerle wäre aus diesem Grunde Donnerstag früh nach Wien gefahren. Dr. Wekerle wird aber im besten Falle morgen abends, wahrscheinlich aber erst Freitag nach Wien fahren, um dem Monarchen seine Vorschläge zu unterbreiten.

Heute läßt sich bereits klar erkennen, daß die Krise sich in eine Rekonstruktion des Kabinetts auflösen wird. Ueber die Krise selbst liegen hier wenig Nachrichten vor, doch kommen aus Wien nicht uninteressante Meldungen. So schreibt „Magyar Ország“, das Organ der Karolyi-Partei: Aus Wien kommen Nachrichten, nach denen die Krise nachgelassen hätte. Nach diesen Nachrichten wird der Monarch Dr. Wekerle abermals mit der Kabinettsbildung betrauen, und zwar unter der Bedingung, daß er das Wahlrecht vor allem unter Dach und Fach bringt. Ueber die militärische Frage ist diesen Nachrichten zufolge ein Uebereinkommen in Aussicht. Dr. Wekerle wird seinen Wiener Aufenthalt dazu verwenden, um mit dem Kriegsminister und dem österreichischen Ministerpräsidenten Konferenzen zu pflegen und sie zu überzeugen, daß die von ihm geplante militärische Reform den Rahmen des Ausgleiches nicht überschreite und die Kampffähigkeit der Armee nicht berühre. Vor dem Ministerpräsidenten wird Honvedminister Baron Szurmay Besprechungen pflegen, der heute zur Behandlung der militärischen Fragen nach Wien gereist ist. „Magyar Ország“ sagt: Wir würden uns sehr freuen, wenn auf dieser Grundlage die Regierungskrise gelöst werden würde. Denn auf diese Weise wäre das Schicksal des Wahlrechtes gesichert und auch die militärische Frage könnte eine günstigere Lösung finden. In der Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches werden wir auch dann noch der Regierung gegenüberstehen. Denn wir können nicht dulden, daß Ungarns wirtschaftliche Selbständigkeit weder auf 20 noch auf 10 oder gar auf 40 Jahre hindurch geopfert wird. In dieser Frage ist unser Standpunkt der, daß bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Lage des Landes ausschließlich das Volksparlament zu entscheiden berufen sei.

Interpellation über die Armeefrage.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses richtete Abgeordneter Balla folgende dringliche Interpellation an den Ministerpräsidenten:

Unter Betonung des Umstandes, daß die Feststellung und Regelung des Wehrsystems der ungarischen Nation ein ausschließliches Recht der ungarischen Gesetzgebung und des verfassungsmäßig gekrönten ungarischen Königs bilden, frage ich den Ministerpräsidenten: 1. Hat er Kenntnis davon, daß sowohl die österreichische Regierung wie auch der gemeinsame Minister des Aeußern verfassungswidrig — letzterer durch das offiziöse Organ des Ministeriums des Aeußern, das „Fremden-Blatt“ — in feindlicher Weise zur Behinderung seines auf die Errichtung des nationalen ungarischen Heeres bezüglichen Programms in ungarische Angelegenheiten eingegriffen haben? 2. Was beabsichtigt er zu tun, um gegenüber diesen unberechtigten, verfassungswidrigen Vorgehen der österreichischen Regierung sowie des gemeinsamen Ministers des Aeußern das Prestige des ungarischen Staates zu wahren?

In Begründung seiner Interpellation führt Redner aus, der ungarische Ministerpräsident habe die Ausgestaltung der aus Ungarn rekrutierten Truppenkörper im ungarischen Geiste in sein Regierungsprogramm aufgenommen, und zwar schon damals, als er die Führung des Kabinetts übernommen habe. Das Recht der ungarischen Nation auf diese Ausgestaltung der ungarischen Truppen im ungarischen Geiste sei durch die im Gesetz festgelegten Rechte gesichert. Da dieser Punkt des Regierungsprogramms die Herrscherrechte des ungarischen Königs berühre, habe der Ministerpräsident in Form eines Memorandums Sr. Majestät die Unterbreitung gemacht, der Errichtung des ungarischen Heeres zuzustimmen. Dieses Vorgehen habe in Oesterreich die heftigste Opposition hervorgerufen. In Bagenburg sei ein Kronrat unter dem Vorsitz Seiner Majestät abgehalten worden, in dessen Verlaufe angeblich hohe Militärs auf das entschiedenste gegen das erwähnte Vorhaben Stellung genommen haben. Diese Stellungnahme sei keineswegs auf wichtige militärische Rücksichten, sondern ausschließlich auf politische Gesichtspunkte zurückzuführen. Schließlich erklärte Redner, daß es ein Fehler wäre, die Lösung dieser Angelegenheit auf die Zeit nach dem Friedensschluß zu verschieben.

Dr. Wekerle über die Armeefrage und die Wahlreform.

In Beantwortung der Interpellation Ballas erklärte Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Regierung habe die militärische Frage nicht deshalb in ihr Programm aufgenommen, um dadurch die Wahlreform beiseite zu schieben. (Lärm.) Er habe wiederholt erklärt, daß die Regierung die entschiedenste politische Verpflichtung übernommen habe, das Wahlrecht durchzuführen. (Lebhafter Beifall links und auf der äußersten Linken.) Allerdings habe die Regierung so wie viele andere wichtige Fragen auch den vom nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus selbständigen Ausbau der einen ergänzenden Teil der ganzen Armee bildenden ungarischen Armee in ihr Programm aufgenommen. (Langanhaltende Heerrufe und Applaus links und auf der äußersten Linken.) So wichtig aber auch dieser Programmpunkt für die ganze Zukunft unserer Nation ist, so kann weder die sofortige Zugelassenbringung dieses oder eines anderen Programmpunktes ober, was er nicht hoffe, das Stoßen auf ein Hindernis hierbei einen Grund bilden, daß die Regierung von der Durchführung der Wahlreform abweiche. (Lebhafter Beifall links und auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident erklärt sodann, auch er besitze Kenntnis von den konzentrierten Angriffen, die österreichischerseits gegen diesen Programmpunkt gerichtet werden. Er könne aber den Interpellanten beruhigen, daß sich der Minister des Aeußern nicht unter den Angreifern befinde. (Bewegung.)

Mg. Ludwig Pollo (Karolyi-Partei): Bloß sein Blatt!

Ministerpräsident Dr. Wekerle: Der Minister des Aeußern ist sich der mit seiner Stellung verbundenen Verpflichtungen sehr wohl bewußt und überschreitet nicht seinen Wirkungsbereich. Wenn der Interpellant frage, wie der Ministerpräsident diesen Angriffen gegenüber das Prestige des ungarischen Staates wahren wolle, so erwidere er, das könne nur auf die Weise geschehen, daß wir dieses Programm nicht nur aufstellen, sondern auch konsequent an diesem Programm festhalten, hinter welchem er wage es zu behaupten, die ganze Nation stehe (allgemeiner lebhafter Beifall) und von welchem er — ohne daß er die Person Seiner Majestät in die Debatte zu ziehen wünsche, ja er werde sie unter allen Umständen von Debatten zwischen den beiden Staaten pflichtgemäß fernhalten — zu sagen wage, daß diese Bestrebungen entschieden auch seinem Wohlwollen begegnen. (Allgemeiner Beifall und Händeklatschen.)

Der Ministerpräsident schließt: Schwermiegende Veränderungen sind immer mit großen Emotionen verbunden. Dies sehen wir jetzt auch in Oesterreich. Vielleicht hat dies auch finanzielle, soziale und andere politische Gründe. Aber auch noch so hochschlagende Wogen müssen sich glätten. Wir müssen diesen Emotionen gegenüber nur auf eines achten, daß wir entschieden und konsequent Stellung nehmen. So sehr er auch auf dem Standpunkt stehe, daß die Regelung dieser Frage rechtlich eigentlich nur Sache der ungarischen Nation und des Königs sei (Zustimmung rechts und links), so müssen wir uns doch auch höhere politische Motive vor Augen halten. Er trachte, daß die Wogen geglättet werden und daß die entstandene große Emotion nicht nach der Lösung der Frage die Quelle neuer Differenzen sei. Eben jetzt sind Verhandlungen zur Verwirklichung dieser Bestrebungen im Zuge, und so wird es wohl der Interpellant natürlich finden, wenn er sich jetzt nicht ausführlicher äußere. (Lebhafter Beifall.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zum Kenntnis genommen und die Sitzung geschlossen.

Rundgebung der Nationalen Arbeitspartei.

Die Nationale Arbeitspartei veranstaltete abends nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses im Rahmen einer Konferenz eine politische Rundgebung. Anlässlich des Jahreswechsels begrüßte Graf Ladislaus Bendheim den Präsidenten der Partei Grafen Rhuen-Hederbary und verwies auf die ungetrübbte Einigkeit der Partei, die sich durch keinerlei Doctrinen von ihren Führern abspenstig machen lasse.

Graf Rhuen-Hederbary dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen seitens der Partei. Die Partei habe ihre Pflichten dem Vaterlande gegenüber unter den schwierigsten Verhältnissen erfüllt. Die Partei wünsche auch heute, daß Graf Stephan Tisza ihr Führer bleibe.

Mg. Badasz hielt die Begrüßungsansprache an den Grafen Tisza und sagte, solange Tisza an der Spitze der Nation stand, war Ungarn ein Land von Kraft, Einigkeit und starkem Willen. Die Politik war unter Grafen Tisza von Aufrichtigkeit erfüllt. Heute sei diese Aufrichtigkeit nicht einmal zwischen den einzelnen regierungsfreundlichen Parteien vorhanden.

Graf Stephan Tisza dankte und kam dann auf die aktuellen politischen Fragen zu sprechen. Er verwies auf den konzentrierten Angriff der österreichischen Faktoren gegen die militärischen Aspirationen Ungarns und betonte, daß die Partei in dieser Frage getreu den Traditionen an dem Ausgleich vom Jahre 1867 festhalte, wonach in dieser Frage zwischen der ungarischen Nation und dem ungarischen König durch fremde Faktoren ein Konflikt nicht heraufbeschworen werden könne; er glaube, daß auch diese Frage durch Initiative des Monarchen aufs Tapet gebracht worden sei. Was in dieser Frage zwischen König und Nation vereinbart wurde, dürfe durch niemanden angefochten werden. Bezüglich des Wahlrechtes bedauerte Graf Tisza, daß die Lösung dieses Problems gerade während des Krieges aufgeworfen wurde. Er gibt zu, daß das letzte Wahlgesetz bezüglich der Industriearbeiter manch